

Antrag A001: Gesellschaftlicher Aufbruch 2021 - Den ökologischen Umbau gerecht gestalten [neue Version Antragsstellende]

Laufende Nummer: 134

Antragsteller/in:	Bundesvorstand		
Status:	angenommen		
Sachgebiet:	A - Antrag		
Abstimmungsergebnis:	Ja:	(93.548 %)	116
	Nein:	(4.032 %)	5
	Enthaltung:	(2.419 %)	3
	Gültige Stimmen:		124

1 Hitzesommer und Artenschwund, Krise des Gesundheitssystems und
2 Pflagenotstand, Kinderarmut, erodierende Böden und prekäre
3 Arbeitsbedingungen – unser Wirtschaftssystem führt neben der
4 ökologischen Zerstörung global und hier in Deutschland zu immer
5 massiveren sozialen Verwerfungen. Diese Krisen werden wir nur lösen,
6 wenn wir ihrer gemeinsamen Wurzel auf den Grund gehen und Alternativen
7 schaffen, die auch den Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft
8 überstehen. Diese Alternativen dürfen die Verantwortung zur Lösung der
9 Krisen nicht auf das individuelle Handeln des Einzelnen übertragen.
10 Sie müssen verlässlich sein, Planbarkeit ermöglichen und den Menschen
11 in unserer Gesellschaft Sicherheit geben.

12 **Die gegenwärtige Wirtschaftsform ist nicht zukunftsfähig!**

13 Wir brauchen dringend sowohl einen verbindlichen Rechtsrahmen für die
14 Gesamtwirtschaft, der allen ein gutes Leben innerhalb der planetaren
15 Grenzen ermöglicht, sowie eine Stärkung der Gemeinwirtschaft. Unser
16 Ziel ist eine nachhaltige Entwicklung, die auf dem Schutz von Klima,
17 Biodiversität, Boden, Wasser und Luft basiert. Dazu ist eine große
18 Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft erforderlich. Wir
19 arbeiten mit an Lösungen, die Perspektiven für ein gutes Leben und für
20 soziale Gerechtigkeit eröffnen in einer Wirtschaft, die nicht mehr vom
21 Wachstum abhängig ist. Dazu sind grundlegende Reformen des
22 Ordnungsrahmens erforderlich. Die Bundestagswahl 2021 ist ein
23 entscheidender Zeitpunkt, um einen Aufbruch einzuleiten.
24 Nachhaltigkeitsziele müssen zu verbindlichen Leitplanken des
25 Wirtschaftens und der Politik der Bundesregierung werden.

26 Nachhaltigkeitsziele müssen zu verbindlichen Leitplanken des
27 Wirtschaftens werden. Die Milliarden-Ausgaben zur Bekämpfung der
28 Corona-Krise müssen mit Investitionen in die Zukunftsfähigkeit
29 verbunden werden. Das sind vor allem öffentliche Investitionen in den

30 Umbau der Infrastruktur und Stärkung des Bildungs- und
31 Gesundheitssystems. Aktuelle und zukünftige Konjunkturpakete müssen
32 dazu beitragen, unsere Wirtschaft stabiler und grüner zu machen. Der
33 Versuch, die Situation vor der Krise wiederherzustellen, ist zum
34 Scheitern verurteilt. Stattdessen sollten Unternehmen bei ihrer
35 Neuausrichtung unterstützt werden und insbesondere große Unternehmen
36 strenge Nachhaltigkeitskriterien bei der Inanspruchnahme von
37 staatlichen Hilfen erfüllen. Perspektivisch fordern wir neben der
38 Beendigung von klima- und umweltschädlichen Subventionen ein grünes
39 Investitionsprogramm für eine Energie-, Verkehrs- und Agrarwende.
40 Regionale, vielfältige und dezentrale Versorgungsstrukturen wie zum
41 Beispiel im Bereich der Energie- und Landwirtschaft sind nicht nur
42 klima- und umweltfreundlicher, sondern auch resilienter gegenüber
43 Schocks wie Finanzkrisen, Naturkatastrophen und Pandemien. Technische
44 Innovationen sind keine hinreichenden Antworten auf die Gestaltung des
45 Transformationsprozesses. Dazu sind auch neue Lebensstile und soziale
46 Innovationen erforderlich, die durch Suffizienzpolitik unterstützt
47 werden müssen.

48 Dazu müssen auch Ansätze gestärkt werden, bei denen Menschen zu
49 Handelnden in eigener Sache werden, wo kreative Lösungen für
50 ökologische oder soziale Probleme entstehen und Solidarität
51 praktiziert wird: Nachbarschaftshilfe, Projekte wie die Erneuerbaren
52 Energien in Bürger*innenhand oder der solidarischen Landwirtschaft,
53 FoodCoops; kooperatives Wirtschaften, wie in Initiativen der
54 Transition Towns, als handlungsleitender Gedanke von Genossenschaften,
55 Wohlfahrtsverbänden und Kirchen als soziale Dienstleister. Besonderen
56 Gestaltungsbedarf sehen wir in folgenden Bereichen:

57

58

59 **Naturschutz – Lebensgrundlagen bewahren**

60 Naturnahe Ökosysteme und Lebensräume, Artenvielfalt und genetische
61 Vielfalt bilden die Grundlage unserer Existenz. Unsere Vision ist:
62 Naturschutz abgestuft auf 100 Prozent der Fläche in Deutschland um
63 Wildnis, Erhalt vielfältiger Kulturlandschaft und nachhaltige Nutzung
64 miteinander zu verknüpfen. Dabei setzen wir uns gegen Vorstellungen
65 ein, die Natur primär als Ansammlung von Ökosystemleistungen zu
66 definieren und gegen eine Bioökonomie, die Natur auf die
67 Bereitstellung von Biomasse zur stofflichen und energetischen Nutzung
68 reduziert. Wir fordern klare internationale Ziele und einen
69 ambitionierten „Nationalen Aktionsplan Biodiversität 2030“.

70 Wir wollen mehr (mindestens 30% der Landesfläche/mehr als 30% der
71 Meeresfläche) vernetzte und funktionierende Schutzgebiete und einen
72 verbindlichen nationalen Biotopverbund als „grüne Infrastruktur“.

73 Unser Ziel ist, die natürlichen Lebensgrundlagen zukunftsfähig zu
74 erhalten und die von der Klimakrise am stärksten betroffenen
75 Lebensräume dauerhaft zu stabilisieren. Wir müssen der
76 naturfreundlichen Landbewirtschaftung eine dauerhafte Finanzierung
77 geben, die Flächenversiegelung stoppen und Belastungen durch Eingriffe
78 in die Natur minimieren. Dafür fordern wir absolute Grenzen der
79 Ressourcennutzung.

80

81 **Dezentrale naturverträgliche erneuerbare Energien in Bürger*innenhand**

82 Deutschland muss spätestens 2040 klimaneutral sein; die Stoffströme
83 müssen bis dahin zumindest halbiert sein. Damit dies gelingen kann,
84 muss das Klimapaket nachgebessert werden und die CO₂-Emissionen müssen
85 schneller und stärker verteuert werden – verbunden mit sozialem
86 Ausgleich durch einen Öko-Bonus.

87 Verbesserte Energieeffizienz und suffiziente Verwendung von Energie
88 senken Kosten und sind ein Wirtschaftsfaktor und machen die
89 Energiewende sozial verträglich.

90 In Deutschland war die naturverträgliche Energiewende, die von
91 Bürger*innen maßgeblich vorangetrieben wurde, ein großer Erfolg. Der
92 deutlich gesteigerte Ausbau der erneuerbaren Energien muss daher
93 wieder verstärkt in der Hand von Bürger*innen, Kommunen, Stadtwerken
94 und Genossenschaften erfolgen, mit Teilhabe an den Anlagen und
95 direktem Strombezug, ob von Windenergie im Ort oder Solar- und KWK-
96 Strom im Haus.

97 Dezentrale zellulare Energiekonzepte mindern den Stromnetzausbau,
98 stärken regionale Kreisläufe und bieten Versorgungssicherheit. Die
99 Energiewende muss soziale Autonomie schaffen gegenüber
100 Energiekonzernen.

101

102 **Für einen Systemwechsel in der Landwirtschaft**

103 Landwirtschaft ist systemrelevant! Veränderungen zu Gunsten der
104 Biologischen Vielfalt, unserer Böden und Gewässer, des Grundwassers
105 und des Klimas können nicht mehr warten. Daher setzt sich der BUND für
106 einen Systemwechsel in der Landwirtschaft ein. Die natürliche
107 jährliche Regeneration der Natur ist die absolute Grenze für den
108 Systemwechsel in der Landwirtschaft., Regionale Kreisläufe mit
109 flächengebundener Tierhaltung, ohne Gentechnik und ohne Pestizide,
110 (einschließlich Totalherbizide) sowie synthetische Dünger sind dafür
111 unabdingbar. Flankiert werden muss dieses Bestreben durch eine
112 Ernährungswende. Weniger tierische Lebensmittel auf unserem Speiseplan
113 ermöglichen erst eine Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in
114 unseren natürlichen Grenzen. Die tiefe internationale Verflechtung in

115 Import (bspw. Eiweißfuttermittel, insbesondere gentechnisch
116 veränderte) und Export (v.a. Fleisch und Molkereiprodukte) muss
117 reduziert werden. Statt immer mehr und immer billigere Produkte für
118 den Weltmarkt zu produzieren, fordern wir faire Marktbedingungen für
119 die Bauernhöfe und kostendeckende Preise für landwirtschaftliche
120 Erzeugnisse. Wenn die ökologischen Anforderungen steigen und die
121 agrarische Produktivität sinkt, werden höhere Preise sehr
122 wahrscheinlich. Daher wird eine soziale Flankierung des Umbaus
123 notwendig. Zudem braucht es dringend Maßnahmen gegen die enorme
124 Ungleichverteilung von Böden in Deutschland. Kleine und mittlere
125 Betriebe können oftmals kein weiteres Land mehr kaufen oder pachten,
126 weil dies inzwischen Investoren, z. B. Nahrungsmittelkonzernen,
127 Handelsketten, und Konzernen aus der Finanz- oder der Pharmaindustrie
128 gehört.

129

130 **Nachhaltige Mobilität**

131 Ein Ausbau des öffentlichen Mobilitätssektors und der
132 Wasserstoffwirtschaft reichen nicht, um den Verkehrssektor
133 zukunftsfähig zu machen. Weder Natur, noch grüne Freiflächen dürfen in
134 Zukunft durch Flächenfraß für Straßenbau zerstört werden. Der BUND
135 setzt sich für eine bessere Finanzierung für ÖPNV und Bahn ein. Um den
136 Verkehr insgesamt zu reduzieren, müssen Strategien entwickelt werden,
137 motorisierten Personen- und Güterverkehr zu vermeiden. Nicht
138 vermeidbarer motorisierter Verkehr soll weitestgehend von der Straße
139 auf den Umweltverbund aus Fußgänger, Radfahrer und Schiene verlagert
140 werden.

141 Wir fordern von einer künftigen Bundesregierung eine sozial gerechte
142 Konversion der Autoindustrie, bei der sich Herstellung und Gebrauch
143 von Autos an der Erreichung des 1,5-Grad-Ziels orientieren. Die
144 Fahrzeuge müssen nach ökologischen Produktionsstandards, d.h. mit viel
145 geringerem Gewicht, geringerem Ressourcenverbrauch und niedrigerer PS-
146 Zahl produziert werden, Lieferketten, Recycling und Rohstoffkreisläufe
147 müssen höchsten ökologischen Ansprüchen genügen. Durch die
148 Verdoppelung der Verkehrsanteile der Bahn und des Umweltverbundes,
149 neue Mobilitätsdienstleistungen, Vernetzung aller Verkehrsmittel auf
150 gemeinnützigen digitalen Plattformen und organisierte Mitnahme kann
151 und muss die Zahl privater Fahrzeuge drastisch reduziert werden. Als
152 BUND wollen wir unserer Verantwortung gerecht werden und im Austausch
153 mit Bündnispartnern Vorschläge zu einem Einstieg in eine solche
154 Konversion entwickeln.

155

156 **Nachhaltig Bauen und Wohnen**

157 Die soziale Verteilung von Wohnraum spitzt sich weiter zu. Die

158 Standardantwort auf dieses Problem heißt: Bauen – oft auf Kosten von
159 existierender Natur in Stadt und Land gleichzeitig wird die
160 Wiedernutzbarmachung von Brachflächen (Flächenrecycling)
161 vernachlässigt. Die Bauwirtschaft ist zudem für enorme
162 Ressourcenverbräuche und Treibhausgasemissionen verantwortlich.
163 Forderungen, die durch eine Neu- und Umverteilung von Wohnraum
164 ökologische und soziale Fragen zusammendenken und somit dem
165 Flächenverbrauch entgegenwirken, sind in der bundes-, landes- und
166 kommunalpolitischen Diskussion kaum präsent. Der BUND fordert daher
167 ein Ende des Flächenverbrauchs vor 2030 und unterstützt daher
168 Bewegungen und Initiativen, die eine Postwachstumsstadt, ein Anrecht
169 auf Teilhabe am urbanen Leben wie an einem prosperierenden ländlichen
170 Raum - von unten und für alle, sowie Maßnahmen für eine gerechtere
171 Verteilung von Wohnraum fordern. Aus ökologischer Perspektive stehen
172 klare Flächenverbrauchsgrenzen, der Erhalt von Stadtnatur als grüne
173 Infrastruktur und die ökologische Gebäudesanierung im Vordergrund.
174 Stadtplanung muss neu gedacht werden. Leben, Wohnen und Arbeiten muss
175 in einem Gebiet möglich sein.

176

177 **Relevant für ein gutes Leben**

178 Die Coronakrise hat für viele offenbar werden lassen: Das
179 Gesundheitswesen ist systemrelevant. Das Bildungswesen ist
180 systemrelevant. Einzelhandel und Gastronomie sind systemrelevant. Und
181 auch Kultur und Kunst sind für eine lebendige Demokratie
182 systemrelevant. Die dieser und vieler ähnlicher Felder für ein gutes
183 Leben, Wertschöpfung und Arbeitsmarkt steigen seit vielen Jahren
184 stetig an. Doch in der öffentlichen Darstellung von Wirtschaft
185 dominieren nach wie vor Industrie und Bau, Auto, Beton, Chemie. Der
186 BUND wird sich dafür einsetzen, dass sich die gesellschaftliche
187 Bedeutung der Daseinsvorsorge in der öffentlichen Wahrnehmung und
188 Wertschätzung und in der Einkommensverteilung besser widerspiegelt.

189 **Nachhaltige Finanzwirtschaft**

190 Allein das Geldvermögen privater Haushalte in Deutschland beläuft sich
191 auf über 6 Billionen €. Die Art und Weise wie es investiert wird
192 bestimmt maßgeblich die Sozial-, Umwelt- und Klimaverträglichkeit
193 unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Der Wunsch Geld nachhaltig
194 anzulegen, ist inzwischen stark ausgeprägt. Viele Anleger suchen nach
195 Finanzinstituten und Anlageformen, die sich gezielt für Umwelt,
196 Soziales und gute Unternehmensführung (ESG) einsetzen und nach
197 Orientierung im mittlerweile sehr großen Angebot auf diesem Sektor.
198 Als führender Nachhaltigkeitsverband befürwortet der BUND daher die
199 Entwicklung klarer Leitlinien und Kriterien für die nachhaltige Anlage
200 und unterstützt Organisationen, die Transparenz in diesem Sektor

201 schaffen.

202 Der BUND begrüßt die Entwicklung einer Sustainable Finance-Strategie
203 durch die Bundesregierung. Sie soll den Finanzsektor darin
204 unterstützen, die für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der
205 Vereinten Nationen und der Ziele des Pariser Klimaabkommens
206 notwendigen realwirtschaftlichen Aktivitäten zu finanzieren.

207 Nicht erst die Straßenproteste der letzten zwei Jahre für das Klima
208 haben gezeigt, dass junge Menschen bereit und gewillt sind, über ihre
209 Zukunft mitzuentcheiden. Ein aktives Wahlrecht und Stimmrecht, für
210 Heranwachsende ist im Sinne der Generationengerechtigkeit längst
211 überfällig. Der BUND setzt sich daher für eine Absenkung des aktiven
212 Wahl- und Stimmalters auf 16 Jahre (langfristig 14 Jahre) für die
213 kommende Bundestagswahl 2021 ein.